

V0023/23

Projektgenehmigung für die Aufwertung des Kreuzungsbereiches Regensburger Straße/Kurt-Huber-Straße
(Referentin: Frau Wittmann-Brand)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 15.02.2023

Stadtrat Dr. Spaeth spricht ein großes Lob für die Vorlage und die Planungen aus. Er fahre dort täglich und stelle fest, dass die Geschwindigkeit aus der Kreuzung nehme und die Situation der Radfahrer verbessere.

An der Kreuzung handle es sich um LKW-Firmen, die dort ihren Sitz haben, sprich Praunsmändtl und MAN, führt Stadtrat Stachel aus. Die Freie Wähler-Fraktion halte die Ausbaubreite vor allem an dieser Stelle für dramatischer als an der Harderstraße, weil die Regensburger Straße eine Hauptstraße bzw. eine Zubringerstraße zur Autobahn und eine Verbindungsstraße nach Mailing und Feldkirchen, sei. Dort gebe es daher ein enormes Verkehrsaufkommen und in so einer Straße eine Abbiege- und eine Kreuzungsbeziehung für Busse zu machen und damit den LKW-Verkehr aufgrund der schmalen Fahrbahnbreite so zu erschweren, sei falsch. Schließlich gebe es an dieser Stelle noch einen Bäckereibetrieb, eine Fußgängerquerung und eine Bushaltestelle. Die Planung sei deswegen an dieser Stelle absolut misslungen, kritisiert Stadtrat Stachel und die Fraktion werde dies geschlossen ablehnen. Er bittet darüber nochmal nachzudenken und mit den Firmen Gespräche zu führen. Denn einerseits rede man von der Mittelstandsförderung und was man alles für die Wirtschaft tun wolle und dann mache man genau das kaputt, was die Firmen tagtäglich benötigen, und zwar die Straßen. Wenn man allein bei Praunsmändtl sehe wie viele Fahrzeuge jeden Tag ein- und ausrangiert werden, gebe diese neue Planung der Kreuzung keinen Mehrwert. Natürlich mache es einen Unterschied, ob man auf einer Straßenbreite von Straße 8 oder 9 Metern oder eben von 6,5 Metern stehe. Denn wenn bei dieser geringen Straßenbreite der Gegenverkehr fahre und ein Bus auf einer Fahrspur stehe, dann könne kein Auto an diesem mehr vorbeifahren, wodurch das Aufstauen der Autos hinter dem Bus vorprogrammiert sei.

Stadtrat De Lapuente stimmt Stadtrat Stachel aus eigener Erfahrung hinsichtlich des massiven Verkehrsaufkommen an dieser Strecke zu. Er wolle von Frau Wittmann-Brand wissen, wie sie zu diesem Thema stehe und ob die Umsetzung der Planung die Situation verschärfen werde.

Frau Wittmann-Brand antwortet, dass man bereits zugesagt habe, mit den dort ansässigen Firmen bezüglich der Planung nochmal Kontakt aufzunehmen. Man sei mit einigen Firmen bereits in Kontakt. Man müsse sich aber auch die Frage stellen, für welche Zukunft man letztendlich plane. Wenn die Straße nun breiter anstatt schmaler gemacht werde, dann werde man auch nicht die Förderung, die ursprünglich in Zukunft stadtdrün gewesen wäre, erhalten. Schließlich sei der Bereich, der durch die Verschmälerung der Fahrbahn frei werde, für Baumpflanzungen gedacht. Dies solle nun mit der Sanierungsmaßnahme der Regensburger Straße umgesetzt werden.

Stadtrat Stachel stellt den Antrag, die Vorlage, über die im heutigen Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit entschieden werden sollte, in die nächste

Stadtratssitzung zu vertagen, um die Entscheidung nicht zu bereuen, Fördergelder gegebenenfalls zu verlieren und einfach mehr Zeit zu gewinnen. Man müsse auch aufpassen, dass das, was gebaut werden solle, am Schluss auch ordentlich funktioniere.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bestätigt, dass der Antrag in die Vollversammlung des Stadtrates am 28.02.2023 vertagt werde.

Die Allokation der beiden LKW-Betriebe interessiert Stadtrat Höbusch und überlegt dies dann im nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung zu diskutieren.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf antwortet auf Stadtrat Höbuschs Wortbeitrag, dass auch der Grundsatz der Öffentlichkeit beachtet werden müsse. Zur Not könne dies jedoch im öffentlichen und im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.